

Wir müssen raus aus dem Krisenmodus

64. dbb Jahrestagung mit Nancy Faeser und Hendrik Wüst

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach machte gleich zu Beginn der Jahrestagung am 9. Januar 2023 in Köln deutlich, dass die größte Gefahr für die Demokratie ein kaputtgesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst sei. Er forderte daher eine Kehrtwende der Politik in der Personal- und Finanzausstattung des öffentlichen Dienstes.

Die Zeitenwende sei Realität, so Silberbach, und forderte keine weiteren „Gipfel“ oder „Sonderbeauftragte“, sondern Action. „Wir brauchen ein Bündel konzentrierter Maßnahmen als Antworten auf die realen Herausforderungen, vor denen der Staat und damit in erster Linie der öffentliche Dienst stehen!“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser bedankte sich zunächst bei den fünf Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst für die hervorragende Arbeit. Dabei hob sie mit Blick auf die Bewältigung der

Coronapandemie und die aktuelle Flüchtlingsbewegungen besonders die Arbeit der Beschäftigten in den Kommunen hervor.

Nach den Attacken auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht findet Nancy Faeser vor allem besonders verachtenswert, dass in Berlin-Neukölln die Feuerwehr in einen Hinterhalt gelockt und angegriffen wurde. Der Staat müsse sich vor seine Beschäftigten stellen und die Täter schnell bestrafen. Nur das schaffe Respekt vor dem Rechtsstaat.



Nancy Faeser

© Marco Urban

Bei der Digitalisierung der Verwaltung ist noch Luft nach oben

Bei der Digitalisierung der Verwaltung – insbesondere beim Onlinezugangsgesetz – räumte Faeser ein, dass noch Luft nach oben sei. Die Arbeitsabläufe müssten vor dem Hintergrund der Digitalisierung neu betrachtet und dann automati-

siert werden. Angesichts von 40 000 Behörden im Land und 11 000 Städten und Gemeinden sei das allerdings weiter eine Mammutaufgabe.

NRW-Ministerpräsident kündigt Modernisierungsoffensive an

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen-



Ulrich Silberbach

© Marco Urban



Hendrik Wüst

© Marco Urban

4 Chaos und Gewalt auf NRW-Straßen

Roland Staupe verurteilt die Übergriffe an Silvester



© DBB NRW/Peter Weiths

5 Starke Bildung. Starke Menschen.

Delegiertenversammlung des VBE NRW



© DBB NRW/Caro Simon

6 Einführung der pauschalen Beihilfe

Klaus Comfere (Debeka) spricht von ideologischen Motiven



© DDBB NRW



Dr. Marcus Optendrenk (NRW-Finanzminister) und Roland Staudé (Vorsitzender DBB NRW)

© Friedhelm Windmüller



Jörg Blöming, Landtagsabgeordneter, Roland Staudé, Vorsitzender des DBB NRW, Andreas Hemsing, Stellvertreter ddb Bundesvorsitzender und Vorsitzender der DBB Tarifkommission NRW, Albrecht von Lucke, politischer Publizist, und Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik des ddb beamtenbund und tarifunion (erste Reihe, von links)

© Friedhelm Windmüller

Hendrik Wüst, kündigte für den öffentlichen Dienst eine Modernisierungsoffensive an. Zuvor stellte er die Maßnahmen dar, die seine Regierung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bereits angegangen bzw. umgesetzt habe: die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die Zahlung der Familienzuschläge, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und den Einstieg in die Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf die Besoldungsgruppe A 13.

Schließlich zeigte Wüst Verständnis für die Forderungen des ddb

beamtenbund und tarifunion zu begonnenen Tarifrunde 2023 für Bund und Kommunen mit Blick auf einen notwendigen Inflationsausgleich.

Der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, **Roland Staudé**, begrüßt die Ankündigung einer Modernisierungsoffensive, machte aber gleich klar, dass vorab die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Gewerkschaften geklärt werden müssen.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte **Henriette Reker**, die Oberbürgermeisterin von Köln,

der viertgrößten Stadt Deutschlands, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und forderte in ihrem Grußwort u. a. eine grundlegende Änderung der Gemeindeordnung, um das politische Ehrenamt angemessen zu professionalisieren. Dies gelte insbesondere für große Städte.

Bei der Podiumsdiskussion am Nachmittag u. a. mit **Dr. Marcus Optendrenk**, dem Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, ging es um das Thema Rekordinflation, Coronaschulden, drohende Rezession – bleibt genug für Investitionen

in einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst?

Am Abend des ersten Tages der Jahrestagung gab es Gelegenheit, mit weiteren Landespolitikerinnen und Landespolitikern ins Gespräch zu kommen. So sprach Roland Staudé u. a. mit dem Minister der Justiz, **Dr. Benjamin Limbach**, und der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im NRW-Landtag, **Verena Schäffer**.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW plant Fachkräfte-offensive

Der Personalmangel im öffentlichen Dienst hat historische Dimensionen erreicht: Aktuell fehlen bundesweit 360 000 Fachkräfte. „Wie schließen wir die Fachkräftelücke?“ Dies war am zweiten Tag der Jahrestagung am 10. Januar Thema einer Expertendiskussion, der **Matthias Heidmeier**, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, zugeschaltet war.

Thema „Fachkräftemangel“ in der Politik angekommen

Schon seit Jahren haben der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion sowie viele andere Gewerkschaften auf den drohenden Fachkräftemangel hingewiesen. Nun, so Staatssekretär Heidmeier, sei das Thema auch in der Politik angekommen: „Zugegeben sehr spät,



Margaret Horb und Jens Vernia, beide stellv. Bundesvorsitzende der DSTG, Andrea Sauer-Schnieber, stellv. Vorsitzende des DBB NRW, Florian Köbler, Bundesvorsitzender der DSTG, Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen, Roland Staudé, Vorsitzender des DBB NRW, Manfred Lehmann, Vorsitzender der DSTG NRW, Himmet Ertürk und Andreas Bartsch, beide stellv. Vorsitzende des DBB NRW (von links)

© Friedhelm Windmüller



Oliver Bals, Ministerialdirigent im Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Wibke Poth, Vorstandsmitglied des DBB NRW, und Stefan Behlau, 2. Vorsitzender des DBB NRW (von links)

© Marco Urban



Roland Stauder (Bildmitte) mit dem Minister der Justiz, Dr. Benjamin Limbach, und der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im NRW-Landtag, Verena Schäffer, beim Neujahrempfang am Abend der Jahrestagung.

© Marco Urban

aber jetzt ist es auch eines der Tophemen.“ Manche Wissenschaftler sprächen bereits von einer „Fachkräftekatastrophe“. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW plane deshalb eine massive Fachkräfteoffensive – für öffentlichen Dienst, Industrie und Handel im Ganzen. Erste Maßnahmen solle es bereits im Frühjahr geben.

Berufliche und akademische Ausbildung gleichwertig behandeln

Besonders kritisch sei die Situation in den Ausbildungsberufen. Deshalb sei es besonders wichtig, so Heidmeier, diese gleichwertig mit akademischen Berufen zu stellen. Gerade in NRW gebe es mit fast 20 Prozent zu viele junge Menschen ohne Berufsausbildung. Ihnen müsse man eine „Aufstiegsgeschichte“ erzählen und die Perspektiven einer beruflichen Ausbildung vor Augen führen.

Zuwanderung ermöglichen

Zudem müsse auch verstärkt auf Zuwanderung gesetzt werden. Der Staatssekretär nannte hier die Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen als einen zentralen Punkt und warb für eine echte Willkommenskultur. „Wir brauchen auf jeden Fall die Fachkräftezuwanderung“, bekräftigte auch **Dr. Uda Bastians**, Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Ver-

waltung beim Deutschen Städtetag. Dies gelte insbesondere für Pflege- und Handwerksberufe. Sie hoffe, dass es gelinge, 400 000 Personen im Jahr zu holen, gab allerdings zu bedenken, dass zusätzlich auch deren Familien und entsprechender Wohnraum zu berücksichtigen seien.

Digitalisierung und Verfahrensbeschleunigung unabdingbar

Dr. Achim Dercks, stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, äußerte hingegen Skepsis, dass es tatsächlich gelingen könne,

eine Millionen Menschen pro Jahr, denn so viele dürften es dann in Summe sein, für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen: „Wir müssen lernen, damit umzugehen, dass wir dauerhaft weniger werden. Deshalb ist es das A und O, Prozesse zu vereinfachen und die Digitalisierung voranzutreiben.“

Expertise der Gewerkschaften nutzen

Roland Stauder, Vorsitzender des DBB NRW, verfolgte die Diskussion mit großem Interesse. Er begrüße es sehr, dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozia-

les NRW nun auf schnellstem Wege Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in Angriff nehme. Er müsse Herrn Staatssekretär Heidmeier allerdings recht geben, dass die Einsicht in die Notwendigkeit sehr spät kommt. Stauder: „Für die Zukunft wünsche ich mir deshalb, dass die Politik die Expertise des DBB NRW und seiner Fachgewerkschaften stärker berücksichtigt.“

Für den DBB NRW nahmen an der 64. dbb Jahrestagung neben Roland Stauder und **Stefan Behlau** (2. Vorsitzender) weitere Vorstandsmitglieder teil. ■



Matthias Heidmeier, Staatssekretär des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (oben) – Dr. Achim Dercks, stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages – Daniela Kuzu, Ständige allgemeine Vertretung des Bürgermeisters, Fontanestadt Neuruppin – Anke Plättner, Moderation – Dr. Uda Bastians, Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag (unten – von links)

© Marco Urban

Auf den Straßen in NRW herrschten wieder Chaos und Gewalt

Vorsitzender DBB NRW Roland Staupe verurteilt die Übergriffe an Silvester.

Jedes Jahr zu Silvester das gleiche Bild: blinde Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Roland Staupe, Vorsitzender des DBB NRW, erkennt hier eine gefährliche Tendenz: „Übergriffe gegen Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte scheinen inzwischen ‚Eventcharakter‘ zu besitzen.“

Schon seit Jahren fordert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion konzeptionelle Maßnahmen zur Verhinderung solcher Straftaten.

Staupe: „Geschehen ist nichts. Als logische Konsequenz erleben wir nun eine dramatische Eskalation der Lage.“

DBB NRW fordert konkrete Maßnahmen

Deshalb sei es jetzt zwingend erforderlich, ergebnisoffen über Böllerverbotzonen und kontrollierten Pyroverkauf nachzudenken. Erschreckend sei überdies, dass vermehrt Schreckschusswaffen auf die Einsatzkräfte abgefeuert worden seien. Der DBB NRW for-

dert deshalb deutliche Hürden beim Erwerb des kleinen Wafenscheins, insbesondere die Verpflichtung zu einem Sachkundenachweis. Wenn es um die körperliche Unversehrtheit gehe, so Staupe, dürfe es keine Denkverbote geben.

Staat als Einheit gefragt

Aufgrund der vielfältigen Zuständigkeiten fordert der DBB NRW eine Sicherheitskonferenz unter Beteiligung des Bundes, der Länder und der Kommunen. Staupe: „Wir müssen nun schnell zu Ergebnissen kommen, deshalb ist eine enge Verzahnung aller verantwortlichen Kräfte nötig. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich täglich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, haben ganz einfach das Recht, dass auch sie ihren Beruf in Sicherheit ausüben können.“ Statt Sonntagsreden sei nun Handeln gefordert. Staupe: „Die nächste Großveranstaltung mit Gefahrenpotential lässt nicht auf sich warten – sei es in den Fußballstadien oder z. B. auf den anstehenden Mai-Kundgebungen.“ UG



Roland Staupe

© DBB NRW/Peter-Weihs

Kein Platz für Reichsbürger im Staatsdienst

Innere Sicherheit beim öffentlichen Dienst in guten Händen

Roland Staupe, Vorsitzender des DBB NRW, ist entsetzt über die radikalen Umtriebe der Reichsbürger. Und auch darüber, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in ihren Reihen sind: „Diese Personen stehen nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“

Jetzt konsequent Handeln!

Die Gesetzeslage, so Staupe, mache es heute schon möglich, Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen,

wenn sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen. Dazu, so Staupe, sei auch nicht erst eine Reform des Dienstrechts erforderlich. Es gebe also keinen Grund zu

zögern. Staupe: „Wir haben die Möglichkeit, und die müssen wir jetzt auch nutzen.“

Es sei skandalös, so Staupe, dass diese Radikalen mit ihrem Handeln den Ruf all derer beschädigen, die Tag für Tag aus tiefer Überzeugung die Sicherheit und Funktionsfähigkeit unseres Staates schützen. „Die Reichsbürger lehnen unseren Staat ausdrücklich ab. Dies nimmt ihnen jegliches Recht,

im Staatsdienst zu stehen.“ Die innere Sicherheit, so Staupe, sei beim öffentlichen Dienst in guten Händen. Nun gelte es, diejenigen zu identifizieren, die unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat infrage stellen. Das Innenministerium habe in der Vergangenheit bereits die Fähigkeit zu konsequentem und schnellem Handeln hinreichend unter Beweis gestellt.

UG

Delegiertenversammlung des Verbandes für Bildung und Erziehung (VBE) NRW

Starke Bildung. Starke Menschen. Starker Verband.

Auf der Delegiertenversammlung des VBE NRW am 25. und 26. November 2022 im Kongresszentrum der Westfalenhallen in Dortmund wählten rund 300 Delegierte den neuen Vorstand der Bildungsgewerkschaft. Auf der öffentlichen Veranstaltung hielt u. a. auch der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion ein Grußwort.

Roland Staupe verwies auf das Motto der Delegiertenversammlung „Starke Bildung. Starke Menschen“ und meinte mit Blick auf die vom VBE NRW geleistete hervorragende Gewerkschaftsarbeit augenzwinkernd, dass das Motto mit „Starker Verband“ ergänzt werden müsste. Er bedankte sich für die hervorragende Zusam-

menarbeit und gratulierte dem neu gewählten Vorstand.

„Unser Gemeinwesen befindet sich in einem Ausnahmezustand, und wir als öffentlicher Dienst sind mitten drin und spielen unterschiedliche Rollen“, so Staupe in seinem Grußwort. „Sie setzen unter diesen erschwerten Rahmenbedin-



Der neue Vorstand des VBE NRW: Wibke Poth, Stefan Behlau und Anne Deimel (vordere Reihe), Klaus Köther, Christian Willing und Matthias Kürten (hintere Reihe von links)

© DBB NRW/Caro Simon



Roland Staupe bei seinem Grußwort auf der Delegiertenversammlung VBE NRW

© DBB NRW/Caro Simon

gungen und immer neuen Herausforderungen den allgemeinen und speziellen Bildungsauftrag um. Dafür an dieser Stelle auch von Ihrer Dachorganisation mal ein recht herzliches Dankeschön!“

Der öffentliche Dienst garantiert gerade in Krisenzeiten die Funktionsfähigkeit des Staates. Da werde nicht pünktlich der berühmte Griffel fallen gelassen, sondern die Arbeit werde

mit einem hohen Maß an Verlässlichkeit und Qualität erledigt, so der Vorsitzende Staupe weiter. „Und dazu leisten Sie im Rahmen des Feldes der Bildungspolitik einen ganz entscheidenden Beitrag.“

Bei den Wahlen entschieden sich die Delegierten für eine Doppelspitze als Landesvorsitzende. Neben **Anne Deimel** wurde der 2. Vorsitzende des DBB NRW und bisherige Vorsitzende des VBE NRW, **Stefan Behlau** wieder gewählt.

Als stellvertretende Landesvorsitzende des VBE NRW wurden **Klaus Köther** für den Bereich Schul- und Bildungspolitik, **Matthias Kürten** für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, **Wibke Poth** für den Bereich Mitbestimmung und Berufspolitik und **Christian Willing** für den Bereich Finanzen- und Kassenführung gewählt.

Die Delegiertenversammlung ist das höchste Gremium des VBE NRW, wählt den Vorstand und legt die Grundsätze für die zukünftige Verbandsarbeit fest.



Blick ins Plenum des Delegiertentages

© DBB NRW/Caro Simon

Einführung der pauschalen Beihilfe hat ideologische Motive

Interview mit dem Düsseldorfer Debeka-Geschäftsstellenleiter Klaus Comfere

Die Einführung einer pauschalen Beihilfe wird jüngst im NRW-Koalitionsvertrag thematisiert. Grund genug für Hans-Joachim Klein, Chefredakteur des DBB NRW Magazins, einmal bei einem profunden Kenner der Materie, dem Leiter der Geschäftsstelle Düsseldorf-Nord, Klaus Comfere, nachzufragen.

DBB NRW Magazin: Die schwarz-grüne Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung einer pauschalen Beihilfe in Höhe des Arbeitgeberanteils einer Krankenvollversicherung alternativ zur bisherigen individuellen Beihilfe angekündigt. Wie stehen Sie dazu?

Klaus Comfere: Die Einführung der pauschalen Beihilfe hat aus meiner Sicht in erster Linie ideologische Motive: die Realisierung der Bürgerversicherung. Dabei bleiben die Vorteile des jetzigen dualen Systems mit PKV und GKV unberücksichtigt.

DBB NRW Magazin: Welche Vorteile zum Beispiel?

Klaus Comfere: Die PKV-Versicherten machen ca. 10 Prozent der Bevölkerung aus; finanzieren aber über 20 Prozent des deutschen Gesundheitssystems. Das Nebeneinander von GKV und PKV hat sich über Jahrzehnte bewährt. Nicht umsonst hat Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme, wenn nicht sogar das beste, weltweit. Hingegen weisen Länder mit einheitlichen Gesundheitssystemen massive Probleme bei der Versorgungssituation auf.

DBB NRW Magazin: Nimmt denn die PKV auch Menschen mit Vorerkrankungen auf?

Klaus Comfere: Die pauschale Beihilfe über die GKV lässt sich

nicht durch einen „sozialen Bedarf“ begründen, da es die dauerhafte Öffnungsaktion in der PKV gibt. Alle Beamtinnen und Beamten und deren Angehörige haben grundsätzlich Anspruch auf die Aufnahme in die PKV.

DBB NRW Magazin: Die Koalitionäre sprechen von einer Attraktivitätssteigerung durch die einmalige Wahlmöglichkeit, am Anfang des Beamtenverhältnisses entscheiden zu können, wie sich künftige Beamtinnen und Beamte versichern möchten.

Klaus Comfere: Die Beamtinnen und Beamten erhalten nicht mehr Wahlfreiheit, sondern sie wird in Wahrheit be-



Klaus Comfere

© DBB NRW

schnitten. Die zu Beginn der Beamtenlaufbahn getroffene Entscheidung wäre nicht mehr revidierbar. Hinzu kommt das finanzielle Risiko bei Versetzungen in ein anderes Bundesland, in dem keine pauschale Beihilfe gewährt wird.

DBB NRW Magazin: Wie sieht es denn mit der Finanzierung einer pauschalen Beihilfe aus?

Klaus Comfere: Dem Steuerzahler werden erhebliche finanzielle Mehrbelastungen aufgebürdet; und das in Zeiten von wirtschaftlicher Unsicherheit. Neben dem GKV-Arbeitgeberbeitrag müsste der Dienstherr weiterhin Beihilfe leisten. Dies gilt speziell bei der Pflege.

Die GKV weist schon heute ein Milliardendefizit auf und muss massiv durch Bundeszuschüsse gestützt werden. Durch den demografischen Wandel wird sich dies weiter verschärfen. Die Kostenrisiken sowohl für die Beamtinnen und Beamten als auch für den Dienstherrn werden weiter zunehmen.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Interview.



Hans-Joachim Klein im Gespräch mit Klaus Comfere

© DBB NRW

7. Seniorenpolitische Fachtagung: Pflege. Zukunftssicher. Jetzt.

Hauptversammlung der dbb bundessenioren-
vertretung im Zeichen des Gewerkschaftstages

desseniorenvertretung statt.
Diese stand ganz im Zeichen
des Gewerkschaftstages des

dbb beamtenbund und tarif-
union mit Wahlen.

MAK

In Berlin fand im Herbst letzten Jahres die 7. Seniorenpolitische Fachtagung zum Thema „Pflege. Zukunftssicher. Jetzt.“ statt. Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik sowie Verbänden und Fachleute aus den unterschiedlichsten Projekten informierten und diskutierten über innovative und umsetzbare Ideen, um dem Pflegenotstand durch Konzepte und Lösungen zu begegnen und die Pflege sicherzustellen. An dieser Tagung nahmen zahlreiche Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen teil.

Außerdem fand die zweite
Hauptversammlung der Bun-



Die Teilnehmenden aus Nordrhein-Westfalen auf der Hauptversammlung

© DBB NRW

DBB intern

DBB Kreisverband Neuss: Informations- und Diskussionsveranstaltung

Zu Gast – der Vorsitzende der DBB Tarifkommission NRW, Andreas Hemsing

Auf der Veranstaltung am 9. November 2022 referierte Andreas Hemsing, Bundes- und Landesvorsitzender der komba gewerkschaft, Mitglied des DBB NRW Vorstandes und stellvertretender Vorsitzender der DBB Bundestarifkommission über aktuelle Themen aus dem öffentlichen Dienst.

Dominierende Themen waren der diesjährige Tarifabschluss im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes und die anstehenden Tarifverhandlungen für kommunale Tarifbeschäftigte.

Außerdem berichtete er über den Strukturwandel der komba gewerkschaft nrw. „Wir befinden uns im Prozess, moderner, attraktiver, sichtbarer und digitaler werden. Wir bieten das beste gewerkschaftliche Angebot zum günstigsten Preis“, sagte **Hemsing**.

Die Vorsitzende des DBB Kreisverbandes Neuss, **Ira Leifgen**, bedankte sich für den Vortrag und leitete die anschließende Diskussion.

Im Anschluss an die Informations- und Diskussionsveranstaltung fand in bewährter Tradition die reich bestückte Tombola statt, die vom Ehrenvorsitzenden **Norbert Clever** moderiert wurde.



Ira Leifgen eröffnete die Veranstaltung

© DBB KV Neuss

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Hans-Joachim Klein

Redaktion: Mathia Arent-Krüger und Uwe Groß

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Vorsitzender Michael Nabbefeld wiedergewählt

DBB Kreisverband Wesel führt Gesamtvorstandssitzung durch

Im Dezember 2022 fand im Auerbachkeller in Wesel die Gesamtvorstandssitzung des Kreisverbandes Wesel statt. Der Vorsitzende **Michael Nabbefeld**, der dem DBB Kreisverband seit seiner Neugründung 2012 vorsteht, freute sich, zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Fachgewerkschaften begrüßen zu können. Ebenso freute er sich über die Teilnahme von **Astrid Walter-Strietzel** vom Landesvorstand DBB NRW.

Nabbefeld berichtete in seinem Rückblick über die Arbeit der vergangenen fünf Jahre



Astrid Walter-Strietzel, Daniel Förmer, Patrick Peuker, Sabrina Niehoff, Cornelia Doernemann, Michael Nabbefeld, Andreas Schucht, Sebastian Nitz, Burkhard Welling (von links)

und eine Vielzahl an Aktivitäten des Kreisverbandes und dankte den Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und ihre

Unterstützung. Danach informierte Astrid Walter-Strietzel über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand.

Nach einer guten und regen Diskussionsrunde fanden unter der Wahlleitung von Astrid Walter-Strietzel die Vorstandswahlen mit folgenden einstimmigen Ergebnissen statt:

Vorsitzender: Michael Nabbefeld (GdS), 1. stellvertretender Vorsitzender: **Andreas Schucht** (komba), Pressesprecherin und Schriftführerin: **Cornelia Doernemann** (DPoIG), stellvertretende Vorsitzende: **Marco Bönneken** (vbba), **Daniel Förmer** (DSTG), **Karl-Herbert Geffe** (GdS), **Sabrina Niehoff** (VBE), **Sebastian Nitz** (DPoIG), **Patrick Peuker** (VBE) und **Burkhard Welling** (DPoIG). ■

DBB NRW Frauenvertretung

SAVE THE DATE

18. April 2023

9. Frauenpolitische Fachtagung des DBB NRW